

Stimme der Sans-Papiers

Basel, Oktober 2018 / Ausgabe Nr. 45

Die Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers und der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt



EDITORIAL

Ein Blick über den Tellerrand

Wie ist der Umgang mit Sans-Papiers in anderen Ländern? Die vorliegende Schwerpunktausgabe versammelt Berichte aus Spanien, Holland, Deutschland, Italien und den USA.

Unsere alltägliche Aufmerksamkeit gilt den Lebensumständen von Sans-Papiers hier in Basel und in der Schweiz: Wir beraten in Einzelfällen, wehren uns gegen Angriffe auf die bestehenden Rechte und Spielräume und erkämpfen Verbesserungen, wie etwa eine neue Härtefallpraxis im Kanton Basel-Stadt.

Bei all dieser Arbeit ist es wichtig, hier und da zu reflektieren, wie es anderswo läuft. Eine internationale Vernetzung und ein grenzüberschreitender Erfahrungsaustausch sind im Migrationsbereich grundlegend. In einer Zeit der nationalen Egoismen und der Abschottung gilt es umso mehr, die Perspektiven zu weiten.

Transnationale Einblicke

Wir haben für die vorliegende Schwerpunktausgabe eine bunte Sammlung von Einblicken in die Situation von Sans-Papiers und unterstützenden Kreisen in ver-

schiedenen Ländern zusammengetragen. Die Berichte behandeln ganz unterschiedliche Aspekte und stammen von Fachpersonen aus Rechtsberatung, Wissenschaft oder Sozialer Arbeit, von Sans-Papiers selbst oder von AktivistInnen.

In einer in Nationalstaaten aufgeteilten Welt gibt es keine absoluten Vorbilder für den Umgang mit Sans-Papiers. Denn das wirkliche Vorbild – die eigentliche Utopie – wäre ja, dass es gar keine Sans-Papiers gäbe, weil alle Menschen überall leben können, wo sie wollen. Dennoch gibt es vielerorts spannende Entwicklungen, von denen man sich inspirieren – oder auch warnen – lassen kann.

Kraft der Städte und der Netzwerke

Auffällig ist die in den Texten spürbare Kraft der Städte – sei es San Francisco, Neapel, Madrid oder Amsterdam. In den Städten ist Migration seit jeher ein Teil

der Lebensrealität. So scheint es kein Zufall, dass es die Städte sind, die sich vermehrt gegen die Migrationspolitik der Nationalstaaten auflehnen. Allen Berichten gemeinsam ist auch die Kraft des Zusammenschlusses: Es sind vielerorts zivilgesellschaftliche Gruppen, welche mit unterschiedlichen Mitteln, Plattformen und Initiativen aktiv sind und manchmal zu einer eigentlichen Bewegung anwachsen. Die Beispiele zeigen, wie Basisorganisationen in Zusammenarbeit mit mutigen Stadtregierungen und LokalpolitikerInnen etwas bewegen können.

Für uns war die Arbeit an dieser Ausgabe inspirierend und ermutigend. Wir hoffen, es geht Ihnen genauso und wünschen eine spannende Lektüre.

Fabrice Mangold und Barbara Hauenstein

Für die Redaktionsgruppe der «Stimme»

Gesundheit: Das Ende des Ausschlusses

Die Allianz unterschiedlicher Organisationen, der stete Kampf und nicht zuletzt die neue Regierung unter Pedro Sánchez ermöglichen wieder den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Sans-Papiers.

Spaniens rechtskonservative Volkspartei *partido popular* sah mit dem Dekret RDL16/2012 in ihrer Gesundheitsreform von 2012 keine Rechte für Sans-Papiers mehr vor. Das bedeutete das vorläufige Ende des universellen Anspruchs auf Gesundheitsversorgung auf spanischem Gebiet, wie es das Land bis dahin gekannt hatte.

Von diesem Abbau sind sogar spanische BürgerInnen betroffen, die sich mehr als 90 Tage ausserhalb des Landes aufhalten und damit in eine irreguläre administrative Situation geraten. Im Wesentlichen sind dies Arbeitslose und Armutsbetroffene, die sich keine private Krankenversicherung leisten können. In besonderer Weise davon betroffen sind aber Sans-Papiers – und auf sie zielte die Reform auch ab.

...und in der Schweiz?

Medizinische Unterversorgung

Auch in der Schweiz haben theoretisch alle Menschen Anspruch auf Hilfe in Notlagen, einschliesslich das Recht auf elementare medizinische Versorgung (Art. 12 der Bundesverfassung). Hinzu kommt ein Krankenkassenobligatorium, welches theoretisch die Kassen dazu zwingt, alle Menschen in die Grundversicherung aufzunehmen – ob mit oder ohne Bewilligung.

In der Realität gibt es trotzdem eine medizinische Unterversorgung der Sans-Papiers. Hauptgrund ist – mit Ausnahme im Kanton Genf – das Fehlen von staatlichen Strukturen, welche die medizinische Versorgung von Menschen garantieren, die sich die Krankenkasse schlicht nicht leisten können.

Der Gang zur Sozialhilfe ist für Sans-Papiers keine Option, weil diese zur automatischen Meldung an das Migrationsamt verpflichtet ist. Die Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel bietet deshalb medizinische Grundversorgung vor Ort an und hat ein Netzwerk von solidarischen ÄrztInnen aufgebaut.

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel

Allianzen und Widerstand

Als unmittelbare Folge der Gesundheitsreform ist die Sterblichkeit unter Sans-Papiers in den Jahren 2012 bis 2015 um 15% gestiegen, wie die Studie «The Deadly Effects of Losing Health Insurance» des *Instituto de Economía de Barcelona* und der *Universidad Pompeu Fabra* zeigt.

Dass die Gesetzesänderung einen tödlichen Effekt auf den Gesundheitszustand vulnerabler Bevölkerungsgruppen haben würde, hatten Fachleute aus dem gesamten medizinischen Bereich vorausgesagt. Sie waren es denn auch, die REDER – *Red de denuncia y resistencia al RDL16/2012* gründeten, eine grosse Allianz aus über 150 Organisationen, medizinischen Fachleuten und Exponenten aus der Zivilgesellschaft gründeten – mit dem Ziel, gemeinsam gegen das Dekret vorzugehen.

Dafür hat das Netzwerk einerseits die negativen Folgen der Reform gesammelt und die dadurch entstandenen diskriminierenden Praktiken öffentlich bekannt gemacht. Es hat aber auch den Widerstand gefördert, indem es dezentrale Initiativen von Ärztinnen, Ärzten und Institutionen im ganzen Land sichtbar machte, die das Gesetz umgehen, um wenigstens minimale Gesundheitsversorgung für alle zu garantieren. In erster Linie geht es REDER darum, das zivilgesellschaftliche Engagement für die Aufhebung der gefährlichen und lebensverachtenden Gesetzesänderung zu kanalisieren.

Neues Gesetz verabschiedet

Das Engagement zeigt Wirkung: Ein neues Dekret RDL 7/2018, das wieder den universellen Zugang zum Gesundheitssystem für alle garantiert, die sich auf spanischem Boden aufhalten, konnte im vergangenen Juli vom Ministerrat gutgeheissen und im September 2018 vom Kongress verabschiedet werden. Dies ist – da darf man sich nichts vormachen – der neuen Regierung von Pedro Sánchez zu verdanken.

Allerdings hätte ohne das stete Engagement von REDER diese wichtige Gesetzesänderung nicht in dieser Geschwindigkeit erreicht werden können. REDER konnte einerseits wichtige Daten

und Fälle liefern und sich andererseits die grosse Allianz im Gesundheitsbereich und die Unterstützung in der spanischen Zivilbevölkerung für die Dringlichkeit im politischen Agendasetting zu Nutze machen.

Die Kraft des Netzwerkes will REDER nun auch in Zukunft nutzen, um Ungleichheiten und Diskriminierung in der Gesundheitsversorgung anzugehen. Der Dialog mit Politik und Institutionen hat erst begonnen.

Inés Mateos

Ehemaliges Vorstandsmitglied der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel

SPANIEN

Ausdauer und Geduld

Vor einem Jahr beschloss ich, Venezuela auf der Flucht vor dem Regime von Nicolas Maduro zu verlassen. Nie hätte ich daran gedacht, einmal mein Land zu verlassen. Im Wissen um die Unmöglichkeit zurückzukehren, entschied ich mich dazu, meine einsame Reise nach Spanien anzutreten. Ein leichtes Gepäck, aber beladen mit grossen Träumen! Träume, die verschwinden, wenn man die Realität der Situation sieht: Man ist ein Einwanderer und aus diesem Grund ist man eingeschränkt, wenn auch nicht ausgeschlossen. Das Leben ist eine Frage der Eignung. Ausdauer und Geduld sind die wesentlichen Werkzeuge, um deine Ziele zu erreichen.

Die Leute in Spanien sind sehr freundlich und sozial, aber es gibt einige Leute, die deine Situation ausnutzen, um dich für weniger Geld arbeiten zu lassen. Aber viele Leute unterstützen dich auch und lassen dir Informationen zukommen, um deinen Status zu klären.

Vielen Dank an die Menschen und Institutionen, die mich auf diesem Weg unterstützt haben, einem Weg, der angenehmer beschritten werden kann mit dieser bedingungslosen Unterstützung.

Jose Manuel Perez

Unbehandelte schwere und chronische Krankheiten

Über die konkreten Folgen des Ausschlusses von Sans-Papiers aus der Gesundheitsversorgung und wie sich der Widerstand gegen das Gesetz organisiert hat.

Médicos del mundo setzt sich weltweit und auch auf spanischem Boden für die Gesundheitsversorgung von Benachteiligten ein. Im Kampf gegen die Abschaffung des Rechts auf Gesundheit für Sans-Papiers in Spanien hat die Organisation eine wichtige Rolle gespielt. Inés Mateos hat mit Pablo Iglesias, einem wichtigen Exponenten von *médicos del mundo* in Madrid, gesprochen.¹

Aufgrund des Dekrets RDL 16/2012 haben nicht mehr alle auf spanischem Boden wohnhaften Personen Zugang zu medizinischer Versorgung. Welche Vorannahmen haben dazu geführt?

Das Dekret schliesst alle Sans-Papiers von der gesundheitlichen Versorgung aus und sogar auch Bürgerinnen und Bürger mit spanischem Pass, die in den letzten 90 Tagen nicht auf spanischem Boden gelebt haben, mit Ausnahme von schwangeren Frauen, Minderjährigen oder im medizinischen Notfall.

Spanien hat immer das Recht auf Gesundheit für alle gekannt. Aber der hartnäckige Mythos, wonach Sans-Papiers und MigrantInnen grundsätzlich «Gesundheitstouristen» seien, hat die öffentliche Meinung geändert. Als würden Sans-Papiers nur nach Spanien reisen, um sich medizinisch behandeln zu lassen.

Es gibt sie tatsächlich, die «Gesundheitstouristen». Nur handelt es sich dabei um EuropäerInnen mit gutem finanziellen Polster, die sich aussuchen können, in welchem europäischen Land sie sich behandeln lassen. Abgesehen davon sind dafür in Europa Ausgleichszahlungen zwischen den Ländern vorgesehen.

Bei den Sans-Papiers ist es eher so, dass sie in guter gesundheitlicher Verfassung hier ankommen und sich ihr medizinischer Zustand dann im Laufe der Zeit verschlechtert. Das hat in erster Linie mit den schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen zu tun und mit der existentiellen Unsicherheit, in der Sans-Papiers hier leben müssen.

Was sind die Folgen dieses Dekrets?

Grundsätzlich kann man festhalten, dass sich die gesundheitliche Situation für

viele Menschen in Spanien verschlechtert hat. Der medienwirksamste Fall geschah ein Jahr nach Inkrafttreten des Dekrets: Alpha Pam aus Senegal starb im Alter von 28 Jahren an Tuberkulose, weil er keine Versichertenkarte besass und medizinisch vernachlässigt wurde.

Seit Februar 2014 versuchen wir, die konkreten Folgen zu dokumentieren. Nach sechs Jahren seit der Gesundheitsreform vermelden wir unbehandelte schwere und chronische Krankheiten: 68 Fälle von Krebs, 88 Herz-Kreislauf-Erkrankungen, 45 HIV und 116 Diabetes-Kranke – und das ist nur die Spitze des Eisbergs.

Die Unsicherheit und Willkür zeigt sich auch daran, dass die territorialen Unterschiede im Zugang zur Gesundheitsversorgung immer grösser werden. Ausserdem werden weiterhin politische Diskurse befeuert, die falsche «Tatsachen» in die Welt setzen, wie etwa, dass unser Gesundheitssystem nicht in der Lage sei, alle zu versorgen, oder dass MigrantInnen das Gesundheitssystem missbrauchen würden. Dies führt zu weiterer Diskriminierung und fördert fremdenfeindliche Tendenzen.

Besonders wichtig hervorzuheben – weil das politisch sehr relevant ist – scheint uns, dass es um einen strukturellen Systemwechsel geht: Vom Recht auf Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger hin zu einem System von Versicherten, denen die Gesundheitsversorgung vorbehalten bleibt. Armutsbetroffene und Sans-Papiers bleiben im neuen System von der medizinischen Versorgung ausgeschlossen. Dies ist auch der Grund, weshalb sich *médicos del mundo* und viele andere Organisationen in der Frage mobilisiert haben.

Wie habt Ihr den Widerstand gegen dieses Gesetz organisiert?

Zunächst haben verschiedene *autonomías*, wie etwa Asturias und Andalucía oder auch Navarra und das Baskenland, eine Hintertür gesucht und sich von An-

fang an geweigert das Dekret real umzusetzen. In der Praxis gibt es aber auch dort keinen vollständigen Zugang, es geht eher um karitative Mechanismen, um die schlimmsten Folgen abzuwenden.

Dann haben wir uns zusammengeslossen und REDER gegründet, ein Netzwerk, das die Abschaffung des Dekrets verfolgt – was ja nun inzwischen mit der neuen Regierung tatsächlich auf dem Weg ist. Wir haben dafür alle uns bekannten Fälle gesammelt, um die tödlichen Folgen dieses Dekrets zu dokumentieren.

Wie geht es nun weiter?

Wir sind zufrieden, dass der Begriff «Versicherte und Begünstigte» im neuen Gesetz abgeschafft werden soll und damit

die Vorstellung von Gesundheit als Recht wiedererlangt wird. Wir sind allerdings weiterhin besorgt darüber, dass auch im neuen Gesetz Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugewanderten gemacht werden, indem zwar der gesundheitliche Schutz auch für MigrantInnen gilt, diese aber nicht grundsätzliche InhaberInnen des Rechts auf Gesundheit sind.

Es gibt sie tatsächlich, die Gesundheitstouristen: wohlhabende EuropäerInnen.

Und wir werden uns in den Verhandlungen über die Einzelheiten des Gesetzes natürlich weiterhin für das Recht auf Gesundheit für alle einsetzen, wie es die Menschenrechte vorsehen. Uns ist auch wichtig, dass dann in der praktischen Umsetzung alle so schnell und so umfassend wie möglich in ganz Spanien wieder Zugang zu medizinischer Versorgung bekommen.

Interview und Übersetzung: Inés Mateos

Pablo Iglesias ist Experte für politische Advocacy und Koordinator von REDER (*Red de denuncia y resistencia al RDL16/2012*), dem Netzwerk zur Abschaffung des Dekrets von 2012. Er arbeitet seit 2014 für *médicos del mundo* in Madrid.

¹Das Interview fand im August 2018 – also noch vor der definitiven Verabschiedung des neuen Gesetzes im Kongress statt.

²Pablo Iglesias nennt Sans-Papiers grundsätzlich *personas en situación irregular* (Menschen in unregelmässiger Situation). Der Begriff Sans-Papiers wird in Spanien von Organisationen, die sich für einen geregelten Aufenthalt einsetzen, gemieden. Der Einfachheit halber verwenden wir hier dennoch die Bezeichnung Sans-Papiers.

Die Geduldeten und ihre Bleibeperspektiven

Was bedeutet der Status der so genannten «Duldung» in Deutschland und welche Möglichkeiten gibt es, aus diesem Status herauszukommen und eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen?

Menschen, die in Deutschland das Asylverfahren durchlaufen haben, befinden sich nach einer endgültigen Ablehnung des Asylgesuchs in einem rechtlichen Status, der als *geduldet* bezeichnet wird. Sie bekommen eine Bescheinigung ausgestellt, die sogenannte *Duldung*. Mit dieser sind sie vollziehbar ausreisepflichtig, können also jederzeit abgeschoben werden, sofern nicht andere Gründe dies verunmöglichen (Krankheit, Nicht-Aufnahme durch das Herkunftsland, Fehlen von Dokumenten etc.). Die Duldung ist zwar keine Aufenthaltserlaubnis, aber ein rechtlicher Status, der gewisse Möglichkeiten eröffnet.

Offizielle Arbeitserlaubnis

Wem eine Duldung ausgestellt wurde, hat Anspruch auf Leistungen vom Sozialamt und kann nach der Zustimmung der Ausländerbehörde arbeiten. Bei jeder Arbeit oder Ausbildung muss allerdings ein spezieller Antrag für die Arbeits- oder Ausbildungsstelle eingereicht werden.

Im medialen Diskurs wird der Duldungsstatus häufig mit Illegalität gleichgesetzt.

Die Ausländerbehörden verweigern gelegentlich die Beschäftigungserlaubnis wenn jemand keinen Heimatpass vorlegen kann. Diese Praxis ist rechtlich nicht haltbar, da im Gesetz nicht die Vorlage des Passes gefordert wird, sondern lediglich die Bemühung, bei der Beseitigung der Ausreisehindernisse mitzuwirken. Kommt es zu einem Beschäftigungsverbot, wird es schwierig, eine Aufenthaltssicherung zu erreichen, da hierfür in der Regel eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration Bedingung ist.

Geduldet ist nicht illegal

Grundsätzlich müssten alle abgewiesenen Asylsuchenden, die nicht untergetaucht sind, eine Duldung ausgestellt bekommen. In der Realität ist dies jedoch nicht der Fall. Im April 2018 waren Bundesweit 232'838 Personen ausreisepflichtig, nicht allen davon wurde jedoch eine Duldung ausgestellt.

Im medialen Diskurs wird der Duldungsstatus häufig mit Illegalität gleichgesetzt, eine Einordnung, die den Ressentiments

zu Gute kommt. Über jene Menschen, die untertauchen oder nie registriert wurden, wissen wir insgesamt relativ wenig und es gibt auch kaum eine öffentliche Debatte dazu.

Wege zur Aufenthaltserlaubnis

Eine geduldete Person hat gewisse Möglichkeiten, aus dem Duldungsstatus herauszukommen und eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Fast alle Möglichkeiten setzen eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration voraus. Die vier wichtigsten Möglichkeiten sind folgende:

» Jugendliche bis 21 Jahre:

Gut Integrierte Jugendliche haben die Möglichkeit, vor Vollendung des 21sten Lebensjahres bei einem mindestens vierjährigen Aufenthalt in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, wenn sie erfolgreich die Schule besuchen, in Ausbildung sind, oder nach dem Schulbesuch einem Beschäftigungsverhältnis nachgehen. Falls sie die Schule oder eine Ausbildung absolviert haben, dürfen sie nicht auf Sozialleistungen angewiesen sein. Allerdings lässt das Gesetz selbst bei Erfüllen der Voraussetzungen der Auslän-



Nothilfe und Arbeitsverbot

In der Schweiz existiert kein ähnlicher Status wie derjenige der Duldung, welcher in Deutschland über die Arbeitsmarktintegration auch eine Bleibeperspektive eröffnet. Personen mit abgelehntem Asylgesuch kommen in der Schweiz in die Nothilfe-Struktur: ein Bett in einem Mehrbettzimmer in einer abgelegenen Unterkunft oder Gutscheine für die Notschlafstelle, ein paar Franken am Tag fürs Überleben, Arbeitsverbot, unter Umständen auch noch Eingrenzungen auf bestimmte Gemeinden oder Ausgrenzungen aus Städten. Es geht in keinem Moment darum, die Hindernisse, die einer Ausreise oder Ausschaffung entgegenstehen und die Lebenssituationen der Menschen anzuerkennen. Vielmehr sollen sie dazu bewegt werden, von selbst zu gehen, wohin auch immer: ins benachbarte Ausland oder ins versteckte Leben als Sans-Papiers – Hauptsache weg aus den Schweizer Statistiken.

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel

derbehörde Spielraum, die Aufenthaltserlaubnis zu verweigern.

» Erwachsene:
Erwachsene mit minderjährigen Kindern

können nach sechs Jahren Aufenthalt, Erwachsene ohne Kinder nach acht Jahren Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, wenn sie ihren Lebensunterhalt überwiegend selbständig sichern können und Deutsch auf dem Level A2 beherrschen. Auch hier lässt das Gesetz der Ausländerbehörde den Spielraum, auch bei Erfüllen der Voraussetzungen die Aufenthaltserlaubnis zu verweigern.

» **Ausbildungsduldung:**
Zur rechtlichen Absicherung von Betrieben, die nach Fachkräften suchen, wurde 2016 im Gesetz ein neues rechtliches Konstrukt eingeführt: Personen, die eine Ausbildung finden, bekommen für die Laufzeit der Ausbildung eine spezielle Duldung, die vor der Abschiebung schützt. Nach der Ausbildung kann die Person eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, sofern sie innerhalb von sechs Monaten eine der Ausbildung entsprechende Beschäftigung findet. Bei der Umsetzung hapert es – oft wegen der rechtlichen Auslegung des Gesetzes oder wegen der Unwissenheit der Behörden.

» **Härtefallgesuch:**
Wenn alle anderen rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, können sich geduldete Personen an die Härtefallkommissionen der jeweiligen Landesregierungen der Bundesländer wenden. Dort wird vor allem auf Integrationsleistungen Wert gelegt. Im positiven Fall wird per Gnade

die lokale Ausländerbehörde verpflichtet, eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

Damit betroffene Personen diese Möglichkeiten wahrnehmen und ihre Rechte durchsetzen können, müssen nicht selten rechtliche Schritte eingeleitet werden.

Bei all den genannten Regularisierungsmöglichkeiten spielt es eine Rolle, ob die Personen ihre Heimatpässe oder andere Identifizierungsnachweise beibringen können. Entscheidend ist auch, ob Straftaten vorliegen und ob es Zweifel gibt, dass sich die Person zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennt.

Jana Borusko, Hessischer Flüchtlingsrat

Der Hessische Flüchtlingsrat ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der sich seit 1991 für die Rechte von Flüchtlingen und die Verbesserung ihrer Lebenssituation einsetzt. Jana Borusko arbeitet für das Förderprogramm «BLEIB in Hessen II» zur beruflichen und sozialen Integration von Flüchtlingen. Sie berät Flüchtlinge, Bleibeberechtigte und Geduldete zwischen 16 und 65 Jahren in aufenthaltsrechtlichen Fragen.



Die Fotoserie in dieser Ausgabe

Die Serie begleitet Matteo Serrano in seinem Alltag, in seiner Freizeit und bei der Arbeit. Matteo lebt seit sieben Jahren als Sans-Papiers in der Schweiz. Er hat elf verschiedene Jobs: bei neun Privatpersonen putzt er, bei zwei gesundheitlich angeschlagenen Personen erledigt er zudem den Haushalt und macht Besorgungen.

Seitdem er in der Schweiz lebt, engagiert sich Matteo zunehmend politisch. Er ist vielfältig interessiert, macht sich aber insbesondere für die Rechte von Sans-Papiers in der Schweiz stark.

«Obwohl wir uns erst vor Kurzem kennengelernt haben, liegt ein angenehm vertrautes Gefühl in der Luft, wenn wir uns treffen», sagt Fotografin Annina Oliveri. «Ich bat Matteo, mir etwas mitzubringen, was ihm speziell wichtig ist. Da kam er mit seiner Lieblingstasse...»

Die Fotografin

Annina Oliveri hat zuerst Ethnologie studiert und dann eine Zweitausbildung als Fotografin absolviert. Freiberuflich arbeitet sie an der Schnittstelle von Ethnologie und Fotografie, zunehmend mit dem Ziel, ihre Projekte auch im Bildungsbereich zu verorten und sie als Ausgangslage für Vermittlungsangebote zu nutzen.

Weitere Infos auf www.anninaoliveri.com

Das Recht auf eine Unterkunft

Der Bericht aus Amsterdam zeigt, mit welchen Herausforderungen obdachlose Sans-Papiers und unterstützende NGOs in Holland konfrontiert sind. Die neue Regierung lässt Gutes erwarten.

Die meisten Sans-Papiers in den Niederlanden sind unsichtbar, weil sie versuchen, unbemerkt zu leben. Einige von ihnen kommen von den Philippinen und Indonesien und sind in Haushalten angestellt, wo sie genügend verdienen um ihre Familien zuhause zu unterstützen. Andere kommen zum Beispiel aus West-Afrika oder China, haben verschiedene Putz-Jobs und sind oft unterbezahlt und werden ausgenutzt. Wieder andere sind Opfer von Menschenhandel, werden zur Prostitution gezwungen und kennen ihre Rechte als Sans-Papiers nicht.

Es gibt keine genauen Zahlen, weil Sans-Papiers nicht registriert werden und kaum organisiert sind. Aktuelle Studien schätzen die Anzahl auf 100'000 bis 160'000 in ganz Holland. Die meisten leben wahrscheinlich in den grössten Städten wie Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht. Sie bemühen sich, unsichtbar zu bleiben und sprechen nicht über ihren Status, auch nicht in den eigenen migrantischen Communities oder Kirchen.

Anlaufstellen

Sichtbarer werden Sans-Papiers dann, wenn sie nicht mehr für sich selbst aufkommen können, weil sie krank geworden sind oder ihren Job verloren haben. In Amsterdam sind sie willkommen im *World House* (im Stadtzentrum) und *Stap Verder* (im Südosten der Stadt), wo sie Beratung erhalten und ein neues Netzwerk aufbauen können. Ähnliche Anlaufstellen gibt es in Rotterdam (ROS), in Utrecht (STIL) und in Groningen (INLIA).

Unter den Sans-Papiers sind viele Personen mit abgelehntem Asylgesuch und Personen mit einem Dublin-Out-Entscheid, die nicht in das europäische Land zurückgehen wollen, in dem sie als erstes registriert wurden. Darunter viele Menschen aus Eritrea, Sudan, der Elfenbeinküste, Gambia oder anderen afrikanischen Ländern.

Gesundheit, Bildung, Polizeischutz

Seit 2006 kämpfen NGOs in Holland für Grundrechte für Sans-Papiers: Das Recht auf Gesundheitsversorgung, Rechtsbera-

tung, Bildung für Kinder, und das Recht, sich (gefahrlos) an die Polizei zu wenden, wenn man Kriminalität, Gewalt oder Ausbeutung erlebt hat. Heute hat eine Person ohne Papiere in Holland das gleiche Recht auf notwendige Gesundheitsversorgung wie holländische BürgerInnen. Medikamente und medizinische Behandlung im Spital werden in allen grösseren Gemeinden kostenlos von bestimmten vertraglich beauftragten Apotheken und Spitälern angeboten. Und sogar die Polizei wurde mit Merkblättern umfassend für die besondere Situation und Verletzlichkeit von Sans-Papiers sensibilisiert. Ausserdem ist *Racial Profiling* verboten.

So weit so gut. Aber wie kann man Menschen helfen, die von anderen ausgebeutet werden, jedoch keine Ahnung von den ihnen zustehenden Rechten haben? Eine nationale NGO (LOS) organisiert deshalb Treffen in Kirchengemeinden und migrantischen Communities, um über Grundrechte und ihre Durchsetzung aufzuklären.

Klage gegen den holländischen Staat

Wenn Sans-Papiers obdachlos werden, schlafen sie oft einige Zeit lang auf der Strasse, bis sie hoffentlich im besten Fall von jemandem auf eine Organisation hingewiesen werden, die ihnen ihre Rechte erklärt. Das Recht auf eine angemessene Unterkunft wurde in Holland dank einigen Anwälten und der Protestantischen Kirche durchgesetzt, indem sie beim Europäischen Ausschuss für Soziale Rechte ECSR eine Klage gegen den holländischen Staat einreichten. Das ECSR ordnete 2014 an, dass die holländische Regierung jeder obdachlosen Person bedingungslos (und ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus) eine adäquate Notunterkunft bereitstellen muss.

Ausschluss wegen steigenden Zahlen

Früher konnten Sans-Papiers in Amsterdam in einer Notschlafstelle übernachten, so lange sie irgendeinen Beweis einer Registrierung (als MigrantInnen oder Asylsuchende) vorlegen konnten. Es waren grundsätzlich alle willkommen in diesen so genannten «BBB»-Notschlafstel-

len («Bett-Bad-Brot»). Als die Zahl der obdachlosen Sans-Papiers zunahm, begann man jene auszuschliessen, die aus so genannten sicheren Drittstaaten kamen (wie Marokko, Algerien, Ghana und Nigeria) oder die gemäss Dublin-Regel in das europäische Land zurückkehren sollten, in dem sie zuerst gelandet waren (Italien oder Griechenland).

Als ob die Länder Süd-Europas all die Menschen zurücknehmen sollte, die eigentlich auf alle anderen EU-Länder verteilt werden müssten.

Hoffnung auf die neue linke Regierung

Aktuell stehen die NGOs in Amsterdam vor der scheinbar unlösbaren Herausforderung, Unterkünfte für papierlose Frauen mit kleinen Kindern zu organisieren. Die Regierung wollte bisher keine solchen Unterkünfte bereitstellen, weil sie der Meinung war, dass es bereits familiautaugliche Unterkünfte andernorts in den Niederlanden gibt. Aber dabei handelt es sich um Zentren zur Vorbereitung von Ausschaffungen in die Herkunftsländer.

Christliche Organisationen bieten zwar vorübergehende Unterbringung bei Privaten. Aber es braucht eine echte, langfristige Lösung. Die Amsterdamer Regierung muss dazu gebracht werden, einige *safe houses* zu schaffen.

Nach den Wahlen hat Amsterdam nun sogar einen linken Bürgermeister, so dass wir davon ausgehen, dass ein gewisser politischer Richtungswechsel bald ansteht. Die ersten Zeichen der Veränderung sind bereits spürbar: Es wurde beschlossen, dass die BBB-Notschlafstellen zu 24-Stunden-Betrieben erweitert werden, mit weniger Vorschriften und Sicherheitsmassnahmen und sogar mit einem zusätzlichen B für «Begleitung»: neu soll eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter Sans-Papiers dabei unterstützen, eine Perspektive zu entwickeln (entweder ein geregelter Aufenthaltsstatus oder die freiwillige Rückkehr ins Herkunftsland).

Lebenswichtige HIV-Medikamente

Eine spezifische Gruppe von Sans-Papiers sind Menschen mit HIV. Aufgrund der Stigmatisierungsfahr ist für sie

ein Schlafplatz in einer Notschlafstelle ohne Privatsphäre nicht geeignet. Es gibt deshalb von der Stadt das Angebot eines monatlichen Beitrags an die Miete eines Zimmers.

Einige erhalten irgendwann eine Aufenthaltsbewilligung, andere hingegen nicht, weil «unabhängige Berichte» offenbar zeigen, dass die notwendigen HIV-Medikamente im Herkunftsland verfügbar sind – und wenn auch nur in einem einzigen Spital oder einer einzigen Apotheke. Wenn die Betroffenen für sich keine Garantie sehen, dass sie bei einer Rückkehr ohne die Hilfe eines unterstützenden Netzwerks Zugang zu den lebensnotwendigen Medikamenten erhalten, ziehen sie es nicht selten vor, ohne Papiere in Holland zu bleiben.

Cor Ofman

Cor Ofman ist Pfarrer im Ruhestand und arbeitet für das World House in Amsterdam, wo er Sans-Papiers berät. Das Zentrum wird auch von Sans-Papiers mitbetrieben. Es verfolgt einen Empowerment-Ansatz und bietet ein Mittagessen, Informationen, Beratung sowie Kultur-, Freizeit- und Bildungsaktivitäten.

Übersetzung aus dem Englischen: Barbara Hauenstein

...und in der Schweiz?

Unsichere Zahlen

Auch in der Schweiz gibt es nur Schätzungen über die Anzahl Menschen ohne Bewilligung, welche unerkannt und trotzdem mitten unter uns leben. Die letzte Studie vom Staatssekretariat für Migration (2015) geht von etwa 76'000 aus, davon 4'000 im Kanton Basel-Stadt. Das wären etwa gleich viele Sans-Papiers wie in Holland, obwohl Holland doppelt so viele EinwohnerInnen mit Bewilligung zählt. Wie kommt es zu diesem Unterschied? Ist es ganz allgemein schwieriger in Holland Fuss zu fassen mit einer Migrationsgeschichte? Oder gibt es weniger Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere im Haushaltsektor, weil die Care-Arbeit gesamtgesellschaftlich anerkannt und deshalb weniger ausgelagert wird?

Ungeachtet der Anzahl, die Problemlagen scheinen ähnlich zu sein. Ob in Holland oder in der Schweiz: Sans-Papiers erleben rassistische Diskriminierung, Ausbeutung und erhalten kaum staatliche Hilfeleistungen bei Obdachlosigkeit.

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel



Die Bewegung der MigrantInnen

Was sich hinter den Mauern eines ehemaligen Gefängnisses abspielt und wie es dazu kam, dass 10'000 MigrantInnen auf den Strassen Neapels demonstrieren.

Mit der Wahl der neuen italienischen Regierung im Juni 2018 haben sich die gesellschaftlichen Konflikte in kürzester Zeit akzentuiert. Nur wenige Tage nach seiner Ernennung zum neuen Innenminister verkündete Matteo Salvini, Lega-Chef und Verfechter des Mottos *prima gli italiani* («zuerst die Italiener»), die Schliessung der Häfen für die zivilen Seenotrettungsschiffe. Proteste im ganzen Land konnten zwar organisiert werden, doch die Situation änderte sich kaum, im Gegenteil: Salvini will die libysche Küstenwache mit Patrouillenbooten ausstatten, um die Flüchtlingsboote schon vor der italienischen Küste abzufangen.

Rassistische Übergriffe

Einige Tage vor der Ankündigung der Hafenschliessung wurde in Kalabrien der migrantische Landarbeiter und Gewerkschaftsaktivist Soumaila Sacko erschossen. Dies war nur der Anfang einer Reihe von rassistischen Übergriffen auf MigrantInnen in ganz Italien, die zweifelsohne von der aggressiven und rassistischen Politik Salvinis provoziert wurden. Tatsächlich haben sich seit den Wahlen am 4. März die rassistischen Übergriffe auf MigrantInnen gehäuft.

Die Bewegung der MigrantInnen

In diesem äusserst schwierigen politischen und gesellschaftlichen Kontext agiert die Bewegung der MigrantInnen in Neapel, die innerhalb des sozialen Zentrums *Ex-Opg Je so'pazzo* organisiert ist. Die Bewegung der MigrantInnen zählt zu den wichtigsten Protagonisten innerhalb der Mauern des ehemaligen psychiatrischen Gefängnisses, welches 2008 verlassen und im März 2015 von jungen AktivistInnen besetzt wurde. Das *Ex-Opg* hat sich zu einem regelrechten Volkshaus verwandelt, in dem wöchentlich über 40 Aktivitäten der gegenseitigen Hilfe organisiert werden, vom medizinischen Ambulatorium, über die gewerkschaftliche Arbeiterkammer, dem Volkstheater bis

zur ausserschulischen Kinderbetreuung.

Kontrollbesuche in Asylzentren

Die Bewegung der MigrantInnen interveniert in drei Bereichen: Erstens wurde eine Sprachschule gegründet, in der über zehn freiwillige AktivistInnen den MigrantInnen die italienische Sprache vermitteln. Darüber hinaus hat die Sprachschule jedoch auch eine emanzipatorische Bestimmung, d.h. die Mitglieder der Bewegung durchlaufen mit den Sprachkursen auch eine politische Schulung: Wie funktioniert das Asylsystem Italiens? Was wollen wir als Bewegung?

Zweitens wurde in Zusammenarbeit mit AnwältInnen eine Anlaufstelle eröffnet, in der wöchentlich vier bis acht AnwältInnen achzig bis hundert

MigrantInnen bei der Aufarbeitung ihres Asyl dossiers unterstützen. Im letzten Jahr wurden fast 1000 MigrantInnen unterstützt und dank der organisierten Intervention 400 Aufenthaltsbewilligungen erlangt.

Drittens organisiert die Bewegung der MigrantInnen regelmässige Kontrollbesuche in Asylzentren. Bei einem solchen so genannten *controllo popolare* werden zusammen mit den MigrantInnen, die im Asylzentrum leben, Mängel in den Strukturen dokumentiert und dank kollektiver Mobilisierung konkrete Verbesserungen gefordert. Tatsächlich konnte mit dieser Methode auch schon die temporäre Schliessung eines Asylzentrums erreicht werden.

Die Mobilisierung vom 18. Mai

Dank dieser Basisarbeit konnte die Bewegung in den letzten zwei Jahren wachsen, sowohl quantitativ mit der Beteiligung

ITALIEN

Kein dolce vita

Vor einigen Jahren bin ich mit einem Boot mit 190 anderen Personen nach Italien gekommen. Ich wollte eigentlich nie in Italien bleiben, sondern in ein anderes europäisches Land weiterreisen. Wir wurden aber direkt vom Boot aufgegriffen und in ein geschlossenes Zentrum gebracht – ein Gefängnis für MigrantInnen. Wir wurden dort ein halbes Jahr lang sehr schlecht behandelt und gezwungen, unsere Fingerabdrücke zu geben und in Italien ein Asylgesuch zu stellen. Dann wurde ich in ein kleineres Camp in den Bergen verlegt, ohne Heizung, mit undichten Dächern und ohne medizinische Versorgung.

Ich habe mich entschieden, in eine grosse Stadt zu gehen, um Arbeit und einen Schlafplatz zu suchen. Ich musste viele schlimme rassistische Momente erleben. Ein Beispiel ist der öffentliche Verkehr. Die Busfahrer kontrollieren bei Personen mit dunkler Haut immer das Fahrticket, bei italienisch aussehenden Personen nie. Und es

gibt eine unausgesprochene Sitzordnung: alle mit weisser Haut sitzen in Trams und Bussen vorne, diejenigen mit dunkler Haut hinten. In so einer Gesellschaft zu leben, war sehr belastend für mich.

Dann war ich einige Monate in der Schweiz, wo ich viele Freundinnen und Freunde kennen gelernt habe. Ich hatte eine schöne Zeit, wurde aber auch in der Schweiz wegen meiner Hautfarbe von der Polizei kontrolliert und wieder nach Italien ausgeschafft.

Es war nicht einfach, dort eine Wohnung zu finden. Allein die Suche ist schon schwierig. Und wenn man dann etwas findet, ist es mir schon mehrmals passiert, dass ich mit der Miete oder der Kautions betrogen wurde. Die Leute wissen, dass es für uns schwieriger ist, uns zu wehren. Das habe ich auch selbst erlebt, dass uns auch die Polizei nicht hilft.

Ich will immer noch weg aus Italien, aber ich sehe keine Möglichkeit. Das ist das italienische Leben, das viele MigrantInnen jeden Tag leben.

Omar Jassey



einer immer grösseren Zahl von MigrantInnen an Versammlungen und Mobilisierungen, sowie qualitativ mit der Verankerung von engagierten Schlüsselpersonen in den Asylzentren. So wurden in den letzten zwölf Monaten eine Reihe von Mobilisierungen organisiert, bei denen die Rolle der MigrantInnen auf der Strasse immer wichtiger wurde. Diese Mobilisierungen mündeten in die grosse De-

monstration vom 18. Mai 2018 mit 10'000 MigrantInnen auf den Strassen Neapels. Während der Demonstration konnte ein Verhandlungstisch erzwungen werden, an dem nicht nur die lokalen und regionalen Migrationsbehörden und Regierungsmitglieder anwesend waren, sondern auch Vertreter des Innenministeriums.

Verhandlungserfolge

Am Verhandlungstisch konnten wichtige Erfolge eingeholt werden, namentlich: Die Verlängerung der Mindestfrist für die Aufenthaltsbewilligung aufgrund des internationalen Schutzes von sechs auf zwölf Monate; die Eröffnung einer territorialen Kommission für die Beschleunigung der Asylgesuche zur Erlangung des internationalen Schutzes; die Abschaffung des Zwangs, einen Pass vorweisen zu müssen für die Einreichung des Asylgesuches für den humanitären Schutz für Personen aus Ländern wie Elfenbeinküste, Togo, Sierra Leone usw., die keinen konsularischen Vertretung in Italien haben; die Abschaffung der Notwendigkeit, einen Mietvertrag einzureichen für die Erneuerung der Aufenthaltsbewilligung (der Schwarzmarkt für Wohnungen in Neapel ist auch unter der einheimischen Bevölkerung weit verbreitet).

Kleine Schritte, grosse Wirkung

Die Bewegung der MigrantInnen hat in den letzten zwei Jahren eine enorme Organisations- und Mobilisierungsarbeit geleistet. In diesen düsteren Zeiten ist es nicht selbstverständlich, solche Erfolge einzuholen. Wir müssen sie aus der Sicht derjenigen betrachten, die täglich wegen ihrer Hautfarbe diskriminiert werden und gezwungen sind, ohne Papiere zu leben. Diese kleinen Schritte können das Leben der MigrantInnen drastisch verbessern, ihre Situation ein Stück weit stabilisieren und ihnen die Zeit zurückgeben, welche ihnen sonst bei den bürokratischen Spielen des Migrationsdienstes gestohlen wird. Mehr Zeit

bedeutet mehr Möglichkeiten, einen Job zu finden, persönliche Beziehungen zu pflegen und sich gemeinsam mit jenen zu engagieren, die unter den gleichen Bedingungen leben. Dies ist die Basis für die zukünftigen Mobilisierungen aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, unabhängig von Haut- und Passfarbe.

Fabio Montale

Fabio Montale lebt seit zwei Jahren in Napoli und ist dort im besetzten sozialen Zentrum *Ex-Opg Je so'pazzo* aktiv. Er engagiert sich dort in der «Bewegung der MigrantInnen und Geflüchteten» und im «Kollektiv der ArbeiterInnen und Prekären». Weitere Infos: www.jesopazzo.org

...und in der Schweiz?

Auch in Basel bewegt sich was

Seit etwas mehr als einem Jahr stecken wir bei der Anlaufstelle für Sans-Papiers in Basel mit Hilfe von Freiwilligen viel Energie in die Community-Arbeit und (Selbst-)Organisation der Sans-Papiers. Seither haben sich neben der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt drei neue Sans-Papiers-Kollektive gebildet. Der Austausch in den Kollektiven ist für viele der erste Schritt aus der Isolation. Neben gelebter Solidarität ist ein weiteres erklärtes Ziel die politische Bildung. Mit der Zeit entwickelt sich bei den Sans-Papiers ein anderes Selbstbewusstsein – eine zentrale Voraussetzung, um aus dem Schatten zu treten und für sich selbst einzustehen. Die grosse Beteiligung an der letzten 1. Mai-Demonstration in Basel war erst der Anfang.

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel

Sanctuary cities: Zuflucht und Widerstand

Sunaina Maira zeigt, wie Universitäten, Stadtregierungen und Basisbewegungen in den USA im Sinne der *sanctuary*-Bewegung sichere Orte für Sans-Papiers schaffen.

Während eines sechsmonatigen Forschungsaufenthalts in Davis, Kalifornien, im Jahr 2017 fiel mir an der University of California das Engagement von ProfessorInnen und Studierenden für Studierende ohne Papiere auf. Auch wenn an der UC Davis fast dreimal so viele Studierende eingeschrieben sind wie an der Universität Basel (38'000 vs. 13'500), ist es aus Schweizer Perspektive doch erstaunlich, dass dort fast 500 junge Menschen studieren, ohne dass sie einen geregelten Aufenthalt haben. Für sie existiert ein Zentrum an der Universität, das sie und ihre Familien in rechtlichen und psychosozialen Fragen berät und in geringem Umfang Stipendien vergibt. So genannte *allies*, also Verbündete, markieren gut sichtbar an ihren Bürotüren, dass sie Sans-Papiers-Studierende unterstützen. Ein Szenario, das weit entfernt von Schweizer Verhältnissen ist, aber dennoch Hoffnung gibt.

Ich habe Sunaina Maira um einen Einblick in die so genannte *sanctuary*-Bewegung und ihre verschiedenen Ausprägungen gebeten.

Wir kennen aus den USA die so genannten *sanctuary cities* (Zufluchts-Städte). Was bedeutet dieser Begriff?

Städte können sich rein symbolisch zu einer *sanctuary city* erklären. Auf rechtlicher Ebene bedeutet es aber, dass solche Städte offiziell deklarieren, in bestimmten Bereichen grundsätzlich nicht mit der nationalen Polizei resp. den Migrationsbehörden zu kooperieren, selbst keine Polizeikontrollen gegen Sans-Papiers durchzuführen und ihre städtischen Dienstleistungen allen EinwohnerInnen zu gewähren, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Seit wann gibt es solche *sanctuary cities*?

Die Bewegung entstand im Kontext des Widerstands gegen den Vietnamkrieg, als Städte wie Berkeley sich zum Zufluchtsort für Kriegsdienstverweigerer erklärten, wie dies bereits kirchliche Bewegungen in den späten 1960er Jahren getan hatten. Dann gab es die Bewegung *City of Refuge* (Stadt der Zuflucht) in den

1980er Jahren, die aus Solidarität mit Menschen aus Zentralamerika entstand, die von den amerikanischen Stellvertreterkriegen in Guatemala und El Salvador geflüchtet waren.

Die heutige Bewegung der *sanctuary cities* in den USA – die kirchlichen Bewegungen eingeschlossen – gründet auf diesem Erbe und ist damit historisch eingebettet in die Anti-Krieg- und Anti-Imperialismus-Bewegung. Obschon dieser radikale Strang nicht in allen Ausprägungen der heutigen *sanctuary*-Bewegung sichtbar ist.

Welche Grundprinzipien machen eine *sanctuary city* aus?

Ich denke, die Hauptkomponente ist die Überzeugung, dass eine Stadt ein geschützter Ort für alle BewohnerInnen sein soll und dass die Stadtregierung sich offiziell gewissen Aspekten des Bundesrechts widersetzt, um allen BewohnerInnen ihre Bürgerrechte zukommen zu lassen.

Aber es gibt auch ein breiteres Verständnis von *sanctuary*, das nicht auf das Handeln von Stadtregierungen beschränkt ist, sondern auf den grundsätzlichen Widerstand gegen rassistisches staatliches Handeln zielt und den Schutz für verschiedene diskriminierte und verfolgte Gemeinschaften anstrebt – ganz in der Tradition der *Underground Railroad*. Dieses weitere Verständnis des Begriffs ist verbreitet in den USA und umfasst unterschiedliche Akte der Solidarität, welche das staatliche Grenzregime ablehnen, sowie Akte des Widerstands gegen repressive Einwanderungsgesetze, rassistische Polizeigewalt, Masseninhaftierungen und *white supremacy* (weisse Vorherrschaft). Organisiert ist dieser Widerstand meist als Basisbewegung.

Sie leben in der San Francisco Bay Area. Welche konkreten rechtlichen Massnahmen zum Schutz von Sans-Papiers gibt es hier?

San Francisco hat in den 1980ern das *City and County of Refugee Ordinance* er-

lassen, ein Gesetz, das Stadtangestellten verbietet, dass sie öffentliche Mittel oder Ressourcen einsetzen, um die nationale Polizei- und Zollbehörde ICE (Immigration and Customs Enforcement) bei der Durchsetzung der nationalen Einwanderungsgesetze zu unterstützen, ausser dies wird explizit landesrechtlich oder bundesrechtlich verlangt.

Alle sollen sich sicher fühlen, wenn sie Dienste wie die Polizei, die Feuerwehr oder das Gesundheitswesen nutzen.

2013 hat San Francisco zudem das *Due Process for All Ordinance* verabschiedet – dieses Gesetz limitiert, wann die städtischen Behörden den ICE-Bundesbehörden im Voraus über die anstehende Haftentlassung einer Person Auskunft geben dürfen. 2016 wurde das Gesetz ergänzt mit detaillierten Instruktionen für Stadtangestellte: es verbietet ihnen, Personen bei der Anmeldung für städtische Dienstleistungen nach dem Aufenthaltsstatus zu fragen (ausser wenn es landes- oder bundesrechtlich vorgeschrieben ist). Es verbietet auch die Kooperation bei Kontrollen oder Festnahmen der ICE-Bundesbehörden im Falle von mutmasslichen Verstössen gegen nationale Einwanderungsgesetze.

Das Grundprinzip dieser gesetzlichen *sanctuary*-Massnahmen besteht darin, dass sich alle EinwohnerInnen sicher fühlen sollen, wenn sie städtische Dienste wie etwa die Polizei oder die Feuerwehr nutzen und wenn sie das Gesundheitswesen in Anspruch nehmen. Es geht dabei weniger darum, Bundesrecht als solches oder die US-Aussenpolitik anzugreifen, wie dies in der stärker politisierten *sanctuary*-Bewegung für Flüchtlinge in den 1980ern der Fall war, oder wie es im radikaleren *grassroots-sanctuary*-Aktivismus heute geschieht.

Verfügen Gemeinden in den USA über eigene Polizeikräfte?

Ja, Städte in den USA haben ihre eigene Polizei. Die Debatte um *sanctuary cities* dreht sich deshalb auch oft um das

Verhältnis zwischen den lokalen Strafverfolgungsbehörden und den nationalen Einwanderungs- und Grenzkontrollen oder dem FBI. Indem BürgermeisterInnen von Städten wie zum Beispiel Oakland sich weigern, dass ihre Polizeikräfte in nationale Strafverfolgungsakte wie etwa eine Razzia der ICE involviert werden, wird Trumps Einwanderungspolitik in Frage gestellt.

Im Februar 2018 hat die Bürgermeisterin von Oakland sich Trumps hartem Durchgreifen gegen Sans-Papiers widersetzt, indem sie eine Warnung vor einer geplanten Razzia der ICE veröffentlicht hat. Die Folge war eine öffentliche Verurteilung von Oaklands angeblich «radikaler Agenda offener Grenzen» durch den US-Generalstaatsanwalt.

Wie ist der Diskurs über Sans-Papiers in der Bay Area? Hat sich etwas seit Trump verändert?

Die Bay Area ist eine ethnisch sehr diverse Gegend und tickt sicherlich relativ liberal. In Städten wie San Francisco, Berkeley und Oakland gibt es eine starke öffentliche Kritik an Trumps Politik und die lokalen *sanctuary*-Massnahmen werden von breiten Kreisen mitgetragen. Ausserdem gibt es eine sehr aktive und gut organisierte Basisbewegung für die Rechte von Einwanderern, darunter auch viele Organisationen, die sich für Sans-Papiers engagieren.

Diese sozialen Bewegungen sind schon lange aktiv, bereits zu Obamas Zeiten (bekannt als «Deporter-in-Chief» für seine massenhaften Ausschaffungen). Nach Trumps Wahl haben AktivistInnen sofort mobilisiert und sich zu *rapid response*-Netzwerken zusammengeschlossen, um Sans-Papiers vor Razzien der Bundesbehörden zu warnen und Rechtsberatung anzubieten. Das ist es, was ich mit dem breiteren Verständnis von *sanctuary* meine: eine Praxis, die über die städtischen Schutzmassnahmen hinausgeht und die nationale Einwanderungspolitik direkt und radikal angreift. Wie zum Beispiel kürzlich die Bewegung *Abolish ICE*, die sich als Antwort auf Trumps Familientrennungen und die Masseninhaftierungen formiert hat. AktivistInnen in Portland haben den Eingang des ICE-Büros blockiert und es dadurch geschafft, dass es temporär geschlossen werden musste. Dies hat zu ähnlichen Protesten in New York, Los Angeles und anderen Städten angeregt.

Sie lehren an der Universität UC Davis. Ist diese Uni ein sicherer Ort für Sans-Papiers?

Ja und nein. Ob es sich sicher anfühlt, müsste eine betroffene Studentin oder ein betroffener Student selbst beantworten. Die UC Davis ist zwar Teil des Systems der University of California, das deklariert hat, dass es sich weigern würde, den Bundesbehörden ohne Gerichtsbefehl vertrauliche Daten von Studierenden auszuhandigen oder Informationen zu liefern zu ethnischem Hintergrund, Herkunft oder Religion für irgendein nationales Register. Trotzdem ist die UC Davis kein offizieller *sanctuary*-Campus.

Die Präsidentin der UC, Janet Napolitano, hat öffentlich Trumps Einreiseperrre für Muslime kritisiert und gefordert, dass die USA «offen, sicher und inklusiv für alle» sein soll. Zu Obamas Zeit hat Napolitano auch die Schaffung der DACA-Regelung (Deferred Action for Childhood Arrivals) unterstützt, dank der die Abschiebung von gewissen jugendlichen Sans-Papiers ausgesetzt werden konnte. Doch ihre Verteidigung der DACA-Regelung kam nicht über den Diskurs der «guten» Sans-Papiers hinaus: «Warum Ressourcen in die Abschiebung von guten Studierenden verschwenden, die alles richtig gemacht haben?» So ein Diskurs stellt eine Hierarchie zwischen guten und schlechten, unterstützenswerten und unwürdigen Sans-Papiers her.

Welche Massnahmen machen die UC Davis zu einem *safe space* für Sans-Papiers?

Die UC Davis hat ein *Undocumented Student Center*, ein Zentrum mit einer breiten Palette an Dienstleistungen für Sans-Papiers-Studierende und ihre Angehörigen. Zum Beispiel gibt es ein Programm zur Ausbildung von sogenannten *allies* zur Unterstützung von Sans-Papiers-Studierenden – das können Mitstudierende oder Dozierende sein.

Es gibt auch ein *grassroots*-Netzwerk, das sogenannte *Radical Sanctuary Collective*. Es wurde nach der Wahl von Trump gegründet um die verschiedenen politischen und sozialen Bewegungen des Campus zusammenzubringen und gemeinsam gegen Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, die Militarisierung der Grenzen, imperiale Kriege und weisse Vorherrschaft anzutreten. Vor allem Studierende und Uni-Mitarbeitende der

Latino-Community sind sehr aktiv in diesem Kollektiv.

Aber es bleibt eine offene Frage, ob die UC Davis ein *safe space* für Sans-Papiers-Studierende – oder für Studierende überhaupt – ist. Die Uni blickt auf eine Geschichte von brutaler Polizeigewalt gegen studentischen Aktivismus zurück – man nennt sie nicht ohne Grund die «Pfefferspray-Uni». 2011 wurden friedliche Demos gegen die universitäre Sparpolitik gewaltsam unterdrückt. Arabische und muslimische Studierende mussten Kontrollen und Überprüfungsmassnahmen über sich ergehen lassen. Es gab schwarze Listen und Hetzkampagnen gegen Palästina-AktivistInnen. Afro-amerikanische Studierende sind stark marginalisiert und unsichtbar auf dem Campus. Man muss also sagen: Während die grössere Bay Area eigentlich ziemlich liberal tickt, ist der Campus selbst doch eher konservativ.

Interview: Jana Häberlein

Co-Präsidentin der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel

Sunaina Maira ist Professorin für Asian American Studies, forscht unter anderem zu transnationaler Solidarität und leitete von 2016 bis 2018 zusammen mit Professor Robert Irwin das Programm Comparative Border Studies an der UC Davis. Die engagierte Professorin und Aktivistin setzt sich auf vielfältige Weise für Sans-Papiers-Studierende, aber auch für andere, aus der urbanen Region der Bay Area ausgeschlossene Menschen ein.

Übersetzung: Barbara Hauenstein

...und in der Schweiz?

City-Card, auch in Zürich oder Bern?

Das aus den USA stammende Prinzip der *sanctuary cities* resp. der «Stadt-Bürgerschaft» (urban citizenship) hat auch in der Schweiz viele aufhorchen lassen. In Zürich und Bern gründeten sich Vereine, um die Idee voranzutreiben. Das Instrument dazu: alle BewohnerInnen der Stadt können einen Stadtausweis beantragen, ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus. Diese City Card soll den Zugang zur Gesellschaft und ihren Institutionen gewährleisten und idealerweise auch zur Identitätskontrolle genutzt werden können, etwa gegenüber der Polizei. Der Diskurswechsel, dass auch Sans-Papiers StadtbewohnerInnen sind, ist wichtig. Bei einer Umsetzung muss aber auf jeden Fall gewährleistet sein, dass die City Card auch wirklich bei Identitätskontrollen eingesetzt werden kann – andernfalls nützt sie den Sans-Papiers zu wenig.

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel

Meine Töchter in Amerika



Ich komme aus Venezuela und lebe als Sans-Papiers in der Schweiz. Ich habe drei Töchter. Zwei leben in den USA, nahe Las Vegas. Ich weiss nicht genau wo, denn ich konnte sie bis jetzt nicht besuchen. Sie reisten vor etwas mehr als drei Jahren von Venezuela mit Visa in die USA ein. Die Visa haben sie durch meine Schwester erhalten, welche in den USA geheiratet hat und unterdessen Amerikanerin ist. Nach Ablauf der Visa haben meine Töchter aber keine Bewilligung erhalten. So leben sie wie ich in der Schweiz als Sans-Papiers.

Meine Töchter schicken mir viele Fotos. Da sehe ich, dass ihr Leben etwas anders ist als meines hier. Das wichtigste in den USA ist, einen Führerausweis zu besitzen. Damit können sich meine Töchter ausweisen, sich mit dem Auto frei bewegen, eine Wohnung mieten und auch ausserhalb von Privathaushalten Arbeit finden. So haben sie wohl auch in ihrem Alltag weniger Angst vor einer Polizeikontrolle als ich. Und trotzdem ist auch ihr Leben schwierig. Wenn sie keine Arbeit haben oder krank sind, sind sie völlig auf sich alleine gestellt. Sie können sich keine Krankenkasse leisten. Nicht weil sie Sans-Papiers sind, sondern weil ganz allgemein die Kosten zu hoch sind. Und ohne Krankenkasse, haben sie mir gesagt, erhalten sie keine medizinische Hilfe – auch nicht bei einem Notfall. Das macht mir grosse Sorgen. Auch die durch Trump verstärkte Hetze gegen illegalisierte Migrantinnen in den USA macht mir grosse Sorgen. Was ist, wenn sie doch einmal aufgegriffen werden? Würden sie dann meine Enkel auch in einem speziellen Lager inhaftieren? Diese Vorstellung bereitet mir oft schlaflose Nächte.

Carmen González

Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel
Gewerkschaftshaus, Rebgasse 1, 4058 Basel
basel@sans-papiers.ch / www.sans-papiers.ch
Tel. 061 681 56 10 / Fax. 061 683 04 22
IBAN: CH10 0900 0000 4032 7601 1 / Postkonto: 40-327601-1

Offene Sprechstunde ohne Anmeldung: Di 14-18 Uhr

Redaktion: Barbara Hauenstein, David Rinderknecht
Druck: Rumzeis, Basel

Trägerorganisationen

Solidaritätsnetz Basel
Demokratische JuristInnen (DJS)
Interprofessionelle Gewerkschaft (IGA)
Comité européen pour la défense des
réfugiés et immigrés (C.E.D.R.I)
Basler Gewerkschaftsbund (BGB)
Gewerkschaftsbund Baselland (GBBL)
VPOD Region Basel
Unia Aargau-Nordwestschweiz
BASTA!